



BASELBIETER FREISINN

Baselland	2/3/4/5/6/7	Aus den Kantonen	11	Abstimmungen	14/15	Unter Freisinnigen	22
Page Romande	10	Tag der FDP	12/13	Vorschau Herbstsession	16	Radigal	23

6. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

Inhalt

Verabschiedung

FDP Baselland verabschiedet Christine Frey nach knapp sechs Jahren als Präsidentin.

Seite 2

Parteileitung

Die Mitglieder der Parteileitung stellen sich vor.

Seite 3

Digitalisierung als Chance

Der Begriff «Digitalisierung» ist in aller Munde. Was steckt dahinter und wie kann sie unseren Randregionen zu mehr Wohlstand verhelfen? Konkrete Lösungen fehlen, es benötigt viele Puzzleteile, um ans Ziel zu kommen. Ein Beitrag im Rahmen des neuen Mentoring-Programms der FDP.

Seite 8

Dossier Bundesratswahl

Am 20. September entscheidet die Bundesversammlung, wer die Nachfolge von Bundesrat Didier Burkhalter antritt. Die Bundesratswahl verspricht Spannung, die FDP schickt mit Ignazio Cassis, Pierre Maudet und Isabelle Moret drei starke Persönlichkeiten ins Rennen.

Seiten 20 und 21

Mutig – Freisinnig – Bürgerlich

Liebe Freisinnige

Am 17. August haben mich die Delegierten der FDP Baselland zum Nachfolger von Christine Frey gewählt. Die Wahl per Akklamation hat mich sehr gefreut. Ihr Vertrauen in mich und in die ebenfalls neu gewählte Parteileitung ist uns Verpflichtung, dass wir uns mit grossem Engagement für unsere Partei einsetzen.

Gerne halte ich hier für all unsere Mitglieder ein paar Gedanken fest, die ich am Parteitag geäussert habe.

Meine Ziele

Mein oberstes Ziel als Präsident ist immer die FDP.Die Liberalen Baselland. Unsere Partei steht im Zentrum meines Engagements. Es geht in all meinen Überlegungen und Diskussionen nur darum: Handeln wir im Sinne der FDP Baselland und kommt die Partei mit der gefundenen Lösung voran?

Meine Ambitionen

Die FDP Baselland soll im Jahre 2020 zwei Regierungsrätinnen oder -räte, zwei Vertreterinnen oder Vertreter in Bern und 20 Landräte und Landrätinnen haben. Ja, das sind ambitionierte Ziele, aber weshalb sollte man eine Partei führen wollen, wenn man nichts erreichen will? Selbstverständlich hängen die Ziele bei den Regierungsratswahlen und den nationalen Wahlen



Paul Hofer, Präsident FDP.Die Liberalen Baselland.

auch von unseren bürgerlichen Partnern ab. Diese Gespräche nehme ich sofort an die Hand.

Ich möchte natürlich auch die FDP Baselland als Partei weiter voranbringen. Es ist mir wichtig, dass wir die internen Strukturen stärken, den Generationenwechsel vorantreiben, neue Personen finden, die sich die Zeit nehmen, freisinniger Politik in einem Amt zum Durchbruch zu verhelfen, die Basis mit einbeziehen und Flügelkämpfe vermeiden. Und selbstverständlich müssen wir mit einer offenen und einfach verständlichen Kommunikation den Wählerinnen und Wählern unsere Positionen darlegen.

Drei Worte sind für mich der Kompass, der mich leiten soll: «Mutig» – «Freisinnig» – «Bürgerlich».

Mutig sein heisst: Alle politischen Herausforderungen mutig anzugehen und anzusprechen, auch die unangenehmen Themen. Das haben wir in unserer Fraktion in den letzten Jahren bereits gemacht, auch wenn es manchmal nicht einfach war. Denn die FDP ist eine Partei, die gestaltet. Zudem müssen wir immer wieder auch genügend mutig sein, um «Nein» zu sagen, wenn die Politik in zu viele Lebensbereiche eingreifen möchte, nur «weil es noch nett wäre, das auch noch zu tun». Ich möchte ergebnisoffene Diskussionen, analysieren, Fachleute beiziehen, zuhören und dann eine Lösung erarbeiten, die auf Eigenverantwortung beruht.

Ich sage bewusst **freisinnig** und nicht liberal, denn andere Parteien behaupten auch, liberal zu sein. Freisinnig heisst, sich die Fragen nach der Eigenverantwortung, dem privatwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Denken zu stellen. Ich will die politischen Herausforderungen in der Bildung, Gesundheit, bei den Finanzen, in der Digitalisierung, bei der Einwanderung, im Asylwesen, in der Beziehung zu den Nachbarkantonen und weiteren wichtigen Themen in diesem Sinne lösen. Wir sind ja die Freisinnig-Demokratische Partei!

Fortsetzung auf Seite 2

Verabschiedung

FDP Baselland verabschiedet Christine Frey nach knapp sechs Jahren als Präsidentin



Christine Frey



Christine Frey wird von Monica Gschwind verabschiedet.

Am Parteitag vom 17. August 2017 übergab die langjährige Präsidentin, Landrätin Christine Frey, die Führung der Basellbieter FDP an Landrat Paul Hofer. In ihrer Abschiedsrede dankte Christine Frey ihren engsten Mitarbeitenden und Parteileitungsmitgliedern und überreichte allen ein persönliches

Geschenk. Die zehn Jahre in der Parteileitung – davon mehr als die Hälfte als Präsidentin – seien für sie prägend gewesen, sagte Frey. Besonders Freude habe sie an den in dieser Zeit erzielten Wahlerfolgen, und der über weite Strecken guten Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien

im Basellbiet. Regierungsrätin Monica Gschwind hielt die Laudatio für die abtretende Präsidentin und lobte sie als Vollblutpolitikerin, die ihr Herzblut voll und ganz in die FDP gegeben hat.

Mit Christine Frey traten auch der langjährige Vizepräsident e. Landrats-

präsident Hanspeter Frey, die Landräte Andreas Dürr, Christoph Buser und Christof Hiltmann sowie e. Landrat Siro Imber und Astrid Marty aus der Parteileitung zurück. Ihnen allen dankten die Delegierten am Parteitag für ihren umfassenden Einsatz für die FDP Baselland.

Fortsetzung von Seite 1

In der Zusammenarbeit mit den anderen Parteien geht es mir sehr bewusst darum, **bürgerliche** Politik zu betreiben und die bisherige Zusammenarbeit fortzuführen. Das heisst, sich mit der CVP und der SVP abzusprechen. Dies vor allem, wenn es um Wahlen in den Regierungsrat und den Ständerat geht. Aber auch im Landrat und somit in der Sachpolitik, wenn es um zentrale Themen wie die Finanz- und Wirtschafts- oder zum Beispiel Bildungspolitik geht.

Vergessen dürfen wir nicht, dass keine Ziele nur von einer Person erreicht werden können – es geht nur im Dialog und in der Zusammenarbeit.

Für die Parteileitung habe ich dem Parteitag Personen empfohlen, die sich alle bis anhin bereits umfassend für unsere Partei und den Freisinn eingesetzt haben. Sie sind alle sehr motiviert, das auch in der Parteileitung zu tun. Wir werden ein starkes Team sein. Alle sind für die Partei und die Mitglieder da.

Ich rufe Sie deshalb auf, machen Sie aktiv mit, sprechen Sie alle in der Parteileitung an, schreiben Sie uns, telefonieren Sie uns, wir sind froh um Ihre Inputs. Gemeinsam werden wir erfolgreich sein.

Nun möchte ich mich bei Christine Frey für ihre langjährige Arbeit als Präsidentin und zuvor schon als Vizepräsidentin von Herzen bedanken. Ich habe ihre Arbeit als Parteipräsidentin immer als überlegt, zielorientiert und sicher im Umgang mit den Dossiers

erlebt. Sie hat auch in schwierigen Zeiten immer eine präsidiale Haltung bewahrt. Ganz besonders ist es ihr gelungen, die bürgerliche Allianz zu festigen, mit dem Resultat, dass die FDP Baselland heute zwei Regierungssitze hält und die Fraktion wieder auf 17 Landrätinnen und Landräte angewachsen ist. Nochmals vielen Dank.

**Paul Hofer, Präsident
der FDP. Die Liberalen Baselland**

Parteileitung

Mitglieder der Parteileitung stellen sich vor



«Die junge Wählerschicht ansprechen, das ist mein Ziel in meiner neuen Funktion als Vizepräsidentin der FDP Baselland. Ebenfalls möchte ich mithelfen, das Image der FDP als freisinnige, mutige und darum vielleicht manchmal etwas unbequeme Partei zu stärken.»

Naomi Reichlin,
Vizepräsidentin, Seltisberg



«Mir ist es wichtig, dass nicht die komplette Parteileitung auf einen Schlag ersetzt wird, da dies den Start der neuen Parteileitung erheblich erschweren würde. Ich werde mich weiterhin mit Herzblut für die liberalen Werte der FDP einsetzen; dies mit einem begeisterten Team tun zu können, ist umso motivierender.»

Orlando Meyer, Reinach



«Verantwortungsbewusste und inhaltlich fundierte Politik, dafür setze ich mich in der Parteileitung ein. Die FDP soll hinterfragen und selber zu Lösungen beitragen. Und das mit einer sportlichen Einstellung und mit Freude an der Sache.»

Saskia Schenker, Landrätin, Itingen



«Mein Anliegen ist es, in die Parteileitung die Wünsche, Anliegen und Bedürfnisse der kommunalen Sektionen einzubringen. Zwischen den Sektionen und der Parteileitung soll ein regelmässiger Austausch stattfinden. Denn die Sektionen sind es, die unsere Partei zusammenhalten, die neue Mitglieder gewinnen und die die Basis vertreten.»

Matthias Mundwiler,
Gemeinderat, Bubendorf



«Mehr Freiraum für Eigeninitiative statt innovationshemmende Regulierungswut und Bevormundung. Dafür setze ich mich als Freisinniger entschieden ein, auch in der Parteileitung der FDP Baselland.»

Marc Schinzel, Landrat, Binningen



«Ich freue mich, zu einer mutigen Politik für Freiheit und Eigenverantwortung beizutragen. Mein Rezept besteht aus Bürgernähe, Lust am Dialog und einer guten Prise Begeisterung für das öffentliche Leben. Voilà, das bin ich!»

Marianne Hollinger, Landrätin,
Gemeindepräsidentin, Aesch



«Mit der Verzahnung von Parteileitung und Fraktion stellen wir den politischen Abgleich sicher und erzielen einen einheitlichen medialen Auftritt.»

Rolf Richterich,
Fraktionspräsident, Laufen



«Als Finanzverantwortlicher und Finanzkommissions-Präsident der FDP Baselland gilt mein Fokus gesunden Staatsfinanzen und einer prall gefüllten Parteikasse. Dafür setze ich mich auch in der neuen Parteileitung ein.»

Jörg Felix, Finanzen, Röschenz

Tramverbindung Margarethenstich

Bessere Anbindung des Leimentals

Regierung und Landrat haben Ja gesagt zur neuen Tramverbindung Margarethenstich in Binningen. Diese Vorlage verbessert die ÖV-Anbindung des Leimentals mit seinen rund 60 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ans Zentrum deutlich.

Sabine Pegoraro,
Regierungspräsidentin,
Vorsteherin der Bau- und
Umweltschutzdirektion

Über 20 000 Fahrgäste nutzen heute täglich die Tramlinien 10 und 17 Richtung Basel und zurück. Das Leimental hat als einzige grosse Talschaft in unserem Kanton keine S-Bahn-Verbindung, vielmehr dient als S-Bahn-Ersatz das Tram.

Mit dem Bau der Tramverbindung Margarethenstich für das 17er-Tram wird das Leimental markant besser mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen. Schülerinnen und Schüler gelangen direkter und rascher in die Stadt Basel. Pendlerinnen und Pendler sind schneller und ohne umzusteigen an ihren Arbeitsplätzen bei der Roche, der Messe und im Rosentalgebiet oder beim Badischen Bahnhof. Und wer mit dem Zug nach Liestal oder sonst wohin will, gelangt dank der neuen



Sabine Pegoraro

Verbindung «direkt aus dem Bett» aufs Tram und zu einem der beiden grossen Basler Bahnhöfe. Es wird damit gerechnet, dass bis zu 8000 Personen pro Tag und Richtung die neue Verbindung nutzen werden.

Konkret heisst das: Bis zu 1000 Personen pro Tag werden während der Hauptverkehrszeit auf das Auto ver-

zichten und stattdessen das Tram benützen. Das führt natürlich zu einer Entlastung der Strassen im ganzen Leimental. Bei der Station «Dorenbach» wird neu eine Lichtsignalanlage den Verkehr regeln, währenddem das Tram abbiegt. Diese Lichtsignalanlage wird so eingestellt sein, dass die Automobilistinnen und Automobilisten schon nach ca. 25 Sekunden wieder freie Fahrt haben. Dank dieser kurzen Wartezeit wird es keinen nennenswerten Rückstau geben. Schauen Sie sich dazu die erklärende Simulation im Internet auf <https://margarethenstich-ja.ch/> oder <http://www.tiefbauamt.bs.ch/baustellen-und-projekte/grossebauprojekte/margarethenstich.html> an.

Der Bau des Margarethenstichs kostet total 21 Mio. Franken. Der Anteil des Kantons Baselland beträgt 14 Mio. Franken brutto. Abzüglich des Bundesanteils aus dem Agglo-Programm und einer Kostenbeteiligung der BLT von 2 Mio. Franken bezahlt

das Baselbiet netto 7,3 Mio. Franken. Das ist sehr gut investiertes Geld: Der Bund hat im Rahmen des Agglomerationsprogramms festgehalten, dass der Margarethenstich das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist! Und der Betrieb ist ebenfalls kostengünstig, weil die Trams, das Personal und die Depots heute bereits vorhanden sind. Gelöst werden musste schliesslich noch die Umsiedlung der national geschützten, millimeterkleinen Quendelschnecken, welche heute in der Böschung beim Margarethenstich leben. Für sie wurde nahe der Hülfenschanze eine neue Heimat gefunden. Ein erster Umsiedlungsversuch verlief bereits ohne Probleme.

Damit können wir uns auf die Hauptfrage konzentrieren: Wie können wir die Leimentaler Verkehrsanbindung für 60 000 Personen nachhaltig und kostengünstig verbessern? Wir können es mit einem Ja am 24. September!



Kommission für Wirtschaft und Abgaben

Auf dem Weg zu einer gerechteren Wohneigentumsbesteuerung

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin

Mitte August tagte die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) im Bad Bubendorf. In den zweitägigen Beratungen ging es auch um die Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung und um eine Baselbieter Standesinitiative, die eine generelle Vereinfachung des Steuersystems verlangt.

Es ist eine Frage der Zeit: Der Eigenmietwert wird fallen!

Bereits im Februar dieses Jahres forderte die WAK des Ständerates mittels einer Kommissionsinitiative einstimmig die Abschaffung des Eigenmietwerts. Dieser Vorstoss wurde nun auch von der nationalrätlichen Schwesterkommission einstimmig unterstützt. Damit liegt der Ball wieder beim Ständerat, dessen WAK nun eine entsprechende Vorlage ausarbeiten muss. Darüber, dass der Eigenmietwert als schweizerisches Steuerkuriosum längst abgeschafft werden müsste, besteht eigentlich ein breiter Konsens. Wie das künftige System ausgestaltet werden soll, darüber bestehen hingegen unterschiedliche Ansichten. So fordert beispielsweise eine Parlamentarische Initiative von Nationalrätin Leutenegger Oberholzer, dass mit der Aufhebung der Eigenmietwertbesteuerung im Gegenzug auch die bislang möglichen Abzüge von Hypothekarzinsen und Liegenschaftskosten gänzlich wegfallen müssten. Für mich und die Kommissionsmehrheit war dieser Vorstoss zu radikal, deshalb lehnte die WAK ihn auch ab.

In der politischen Diskussion wird oft ausgeblendet, dass die Förderung des Wohneigentums in unserer Bundesverfassung verankert und es deshalb geboten ist, eine moderatere Lösung zu suchen, als dies meine Baselbieter Ratskollegin fordert. So ist es für mich nach wie vor denkbar, dass



Daniela Schneeberger

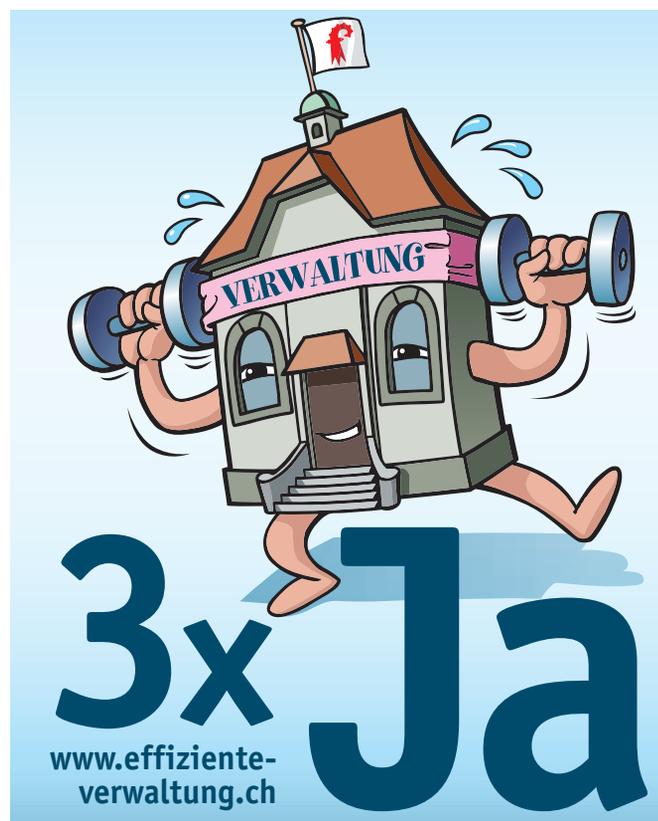
Neuerwerber von selbstgenutztem Wohneigentum – zum Beispiel junge Familien – während einer befristeten Übergangszeit in einem limitierten Umfang Hypothekarzinsen abziehen können. Oder es könnten steuerliche Verrechnungsvarianten bei der Hypotheken-Amortisation geschaffen werden. Dies würde zweifellos einen Anreiz zur Schuldentilgung schaffen, was volkswirtschaftlich gesehen ja durchaus erwünscht wäre. Der Werterhalt von Liegenschaften und energetische Sanierungen machen nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch ökologisch Sinn. Insofern können wir auch beim Wegfall des Eigenmietwertes die Liegenschaftskosten nicht komplett ausser Acht lassen. Ich meine, wir sind mit den Entscheiden der beiden Kommissionen einen wichtigen Schritt weiter gekommen. Nun gilt es, eine volkswirtschaftlich vernünftige und verfassungsrechtlich saubere Kompromisslösung zu finden.

Vorerst keine Vereinfachung des Steuersystems

Leider fand die Baselbieter Standesinitiative, die eine generelle Vereinfachung des Steuersystems – insbesondere bei der Wohneigentumsbesteuerung, bei den anorganischen Abzügen und bei der Harmonisierung der interkantonalen Besteuerung – verlangt,

keine Mehrheit in der nationalrätlichen WAK. Mit 18 zu 7 Stimmen wurde sie abgelehnt. Als Sprecherin der Minderheit werde ich in der Ratsdebatte mit Unterstützung meiner befürwortenden Kolleginnen und Kollegen weiterhin für diese Standesinitiative kämpfen. Denn der definitive Entscheid fällt im Plenum. Die Kommissionsberatung

zeigte immerhin eines klar: Es braucht eine Vereinfachung unseres Steuersystems. Dieses ist viel zu kompliziert. Mehrheitlich wird eine nicht ausformulierte Initiative von der WAK hingegen nicht als zielführend erachtet. Vielmehr müsse dieses grundsätzlich berechnete Anliegen jeweils bei konkreten Vorlagen umgesetzt werden.



- ✓ **Verfassungsinitiative**
«Für gesunde Staatsfinanzen ohne Steuererhöhung»
- ✓ **Gegenvorschlag des Landrats**
sowie zum Finanzhaushaltsgesetz
- ✓ **Gesetzesinitiative**
«Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat»

Halbzeit der Legislaturperiode 2015–2019

Mehrere Meilensteine konnten in der BKSD erreicht werden

Monica Gschwind,
Regierungsrätin,
Vorsteherin der Bildungs-, Kultur-
und Sportdirektion (BKSD)

Die Hälfte der ersten Legislaturperiode 2015–2019 ist bereits vorüber. Noch vor den Sommerferien konnte ich wichtige Zwischenergebnisse vorlegen. So bilden die Verhandlungsergebnisse zur neuen Leistungsvereinbarung 2018–2021 der Universität Basel und die Festlegung der finanziellen Eckwerte für den Abgleich der Zentrumsleistungen im kulturellen Bereich wichtige Meilensteine. Die gemeinsame Trägerschaft wird damit weiterhin gesichert und die Universität Basel sowie die kulturellen Institutionen erhalten die gewünschte Planungssicherheit. Allen Bedenken zum Trotz konnten die beiden Regierungen einen ausgewogenen und nachhaltigen Vorschlag vorlegen. Und dies, ohne die Leistungsfähigkeit der Universität Basel strukturell zu schwächen. Zudem erhält die Universität einen langfristigen Planungshorizont. Und ganz wichtig: Den politischen und wirtschaftlichen Interessen beider Trägerkantone wird Rechnung getragen. Gefordert sind nun die beiden Kantons-



Monica Gschwind

parlamente. Indem sie die entsprechende Parlamentsvorlage uneingeschränkt gutheissen, stärken sie die immer wieder bekräftigte gemeinsame Trägerschaft sowie die Identifizierung der Bevölkerung mit der Universität Basel. Mit dieser austarierten Lösung wurde eine gute Basis für eine konstruktive Zusammenarbeit der beiden Kantone und der Universität geschaffen.

Fachhochschule zieht um – Chance für Sek. II

Gut voran geht es auch mit der Fachhochschule. Im Herbst 2018 steht deren Umzug in den Neubau in Muttenz an. Diese erfreuliche Entwicklung bietet auch den Schulen der Sekundarstufe II die Möglichkeit zur räumlichen und betrieblichen Optimierung. Insbesondere für die Gewerblich-Industriellen Berufsfachschulen Liestal und Muttenz muss die einmalige Chance ergriffen werden, um die beiden heute unabhängigen Schulen an einem Standort zusammenzuführen. Mit dem Masterplan Sekundarstufe II erfolgt der Startschuss zu einer umfassenden Prüfung und Anpassung der bestehenden Strukturen.

Mit diesem Masterplan will ich schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt darlegen, welches meine Strategien sind, welche Chancen diese bieten und auf welche Zeitachsen diese zu legen sind. Im Zentrum stehen dabei die Digitalisierung der Arbeitswelt, die Stärkung der dualen Berufsbildung, der Fachkräftebedarf, aber auch die gezielte Förderung von Jugendlichen. Die durch mich definierten fünf Strategien für die Sekundarstufe II wurden von der Gesamtregierung positiv aufgenommen. In den kommenden Jahren geht es nun an die Umsetzung.

Kein Pardon bei Integrationsverweigerung

Den meisten Leserinnen und Lesern des Baselposters Freisinn ist die sogenannte Handschlagaffäre noch ein Begriff. Sie hat mich stark beschäftigt. Es ist schon ärgerlich: Weil Eltern im Baselposters ihre Kinder dahingehend «erziehen», dass sie unsere tief verwurzelte Gleichberechtigung der Geschlechter nicht akzeptieren und respektieren wollen, müssen wir unsere Verfassung anpassen und unser Bildungsgesetz ergänzen. Aber wenn diese Jugendlichen und ihre Eltern unsere Lehrerinnen, Frauen und Mädchen als

unrein betrachten, wird einer unserer wichtigsten Werte – die Gleichberechtigung von Mann und Frau – mit Füßen getreten. Das ist nicht tolerierbar. Hier gilt es klare Grenzen zu setzen und unsere Werte zu schützen. In der Schule können wir dies mit verschiedenen Massnahmen erreichen. Diese habe ich ergriffen: Mit der Anpassung des Bildungsgesetzes werden die gesetzlichen Grundlagen präzisiert. An unseren Schulen wird den hiesigen Werten mehr Gewicht verliehen. Zudem wird die Grundlage für eine Ergänzung des Katalogs der Disziplinar-massnahmen gelegt. Die Erziehungsberechtigten können für ausserschulische Sanktionen zur Kasse gebeten werden. Weiter wird im Bildungsgesetz festgelegt, dass bei wesentlichen Integrationsproblemen von Schülerinnen und Schülern die Ausländerbehörde zu informieren ist – analog der Meldepflicht im Rahmen von Kinderschutzmassnahmen.

Die von der FDP-Landratsfraktion geforderte Verfassungsänderung (Motion 2016-103, Staatliches Recht vor religiösen Vorschriften) wird dem Landrat unverändert zum Entscheid vorgelegt. Auf Verfassungsstufe soll verankert und verdeutlicht werden, dass weltanschauliche Auffassungen und religiöse Vorschriften nicht von der Erfüllung der bürgerlichen Pflichten entbinden.

Wie erwähnt: In der Legislaturperiode ist es Halbzeit. Wir haben viel erreicht, und bereits befinden sich weitere gewichtige Vorlagen in Vorbereitung. So folgt beispielsweise auf Basis der neu geschaffenen Grundlagen in der Kulturpartnerschaft 2018 eine Vorlage zur Kulturförderung Baselland. Intensiv gearbeitet wird an der Landratsvorlage Integrative Schulung an Volksschulen. Auch diese Vorlage soll 2018 im Landrat beraten werden können.

Zudem stehen entscheidende Abstimmungen zu Bildungsinitiativen an.

Stefanie,
wer finanziert
deine Zukunft?

AHV-Scheinreform
NEIN

Für eine nachhaltige
und gerechte Altersvorsorge
www.komiteebeiderbasel.ch

Und dann noch dies ...

Das Problem mit der Staatsknete

Bekanntlich wird die Schweiz von internationalen Organisationen immer mal wieder kritisiert, weil sie keine staatliche Parteienfinanzierung für Wahlen (und Abstimmungen) kennt. Nun haben die Wahlen in Frankreich gezeigt, dass das staatliche Finanzierungssystem mit unerwarteten Nebenwirkungen eine Partei (fast) in den Ruin treiben kann.

In Frankreich erhält jede Partei vom Staat nach den Parlamentswahlen fast anderthalb Euro pro Wähler und etwas mehr als 35 000 Euro pro gewonnenes Mandat. Diese Beiträge sollen die verbotenen privaten Spenden ersetzen. So weit, so gut. Nun sind die Wahlkämpfe bekanntlich teuer. Jede Partei setzt dafür alle irgendwie verfügbaren Mittel ein, nimmt Kredite entsprechend den erwarteten Wahlergebnissen auf und rechnet damit, zumindest die kurzfristigen Kredite aus den staatlichen Beiträgen nach den Wahlen zurückzahlen zu können. Wie sehr das ins Auge gehen kann, zeigt das Beispiel der «Parti socialiste» bei den letzten Wahlen. Diese Partei hatte in der alten Nationalversammlung als grösste Partei 284 Mandate und in der neuen nur noch etwas weniger als 50, mit entsprechend weniger Wählerstimmen! Zur politischen Katastrophe für diese Partei kam wegen der Parteienfinanzierung nun auch noch die finanzielle, hatte sie doch mit einem weit besseren Ergebnis gerechnet. Und da nachträgliche private Wahlspenden auch nach den Wahlen nicht erlaubt sind, war das Debakel komplett und die Partei wäre auch noch pleite (gäbe es da nicht noch eine berühmte, wertvolle Liegenschaft im Vermögen der «Parti socialiste» aus früheren, finanziell besseren – Mitterrand'schen – Zeiten...). Wollen wir ein System mit solchen Nebenwirkungen?

Besser, aber noch nicht gut ...

Es gibt Dinge, die tatsächlich besser werden. So hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) erfreulicherweise seine bisherige Praxis teilweise aufgegeben, wonach die neuen und absolut wirksamen Medikamente gegen Hepatitis C nur dann von der Krankenkasse bezahlt werden, wenn beim Patienten bereits erhebliche Leberschäden eingetreten sind. Neu, und das ist sicher besser, können Infizierte sofort behan-

delt und geheilt werden. Formell hat das Amt seine Abkehr von der bisherigen, ethisch völlig unhaltbaren Praxis damit begründet, dass ein Hersteller bereit gewesen sei, den stolzen Preis einer Behandlung um einen Drittel zu reduzieren. Nur: Diese Einsicht geht nicht weit genug.

Mit den neuen Medikamenten besteht ja erstmals die Möglichkeit, diese ansteckende und heimtückische Seuche in der Schweiz auszurotten

oder zumindest den Kreis der Träger (und damit das Ansteckungsrisiko) massiv zu verkleinern, parallel zu internationalen Bemühungen. Eine zusätzliche Bekämpfungsaktion wäre nicht nur ethisch geboten, sondern längerfristig sogar finanziell für alle lohnend. Auch das BAG sollte doch wissen, dass eine Krankheit, die nicht mehr existiert, auch keine Kosten mehr verursacht ...

Bis repetita non placent ...

Die alten Römer wussten schon, dass Wiederholungen langweilen. Und das gilt (hoffentlich) auch heute in der Politik. Viele haben noch die giftigen Töne im Ohr, mit denen Christoph Eymann (alt RR BS, lib.) damals dem Baselbiet androhte, er werde das geplante Spitalabkommen blockieren, wenn das Baselbiet seine Haltung in der Unifrage nicht ändere. Glücklicherweise ist diese Drohung nie umgesetzt worden. Die beiden Basel haben sich inzwischen zum beidseitigen Vorteil in beiden Dossiers geeinigt, wenn auch nicht ohne Mühe.

Den Stadtpräsidenten von Laufen, Alexander Imhof (CVP), muss das Vorbild von Christoph Eymann echt inspiriert haben – allerdings nicht zum Guten. Er hat nach deutlich verlorener Bruderholzspital-Abstimmung lauthals verkündet, er werde jetzt halt das kommende Spitalabkommen zwischen den beiden Basel per Referendum zu Fall bringen, falls das Spital Laufen nicht so erhalten bleibe, wie er es wünsche. Bleibt nur noch zu hoffen, dass die Stimmbürger es dann mit den alten Römern halten und deshalb darüber nicht sonderlich amüsiert sein werden, sondern diese Drohung als das betrachten, was sie in Wirklichkeit darstellt: Ärger darüber, dass man verloren hat.



Montag, 13. November 2017
20.00 Uhr Mehrzweckhalle Pfeffingen

Bundesrat Johann Schneider-Ammann spricht über Chance Digitalisierung

Podiumsteilnehmende:

Ruedi Noser, SR FDP ZH
Franz Grüter, NR SVP LU
Corrado Pardini, NR SP BE

Kathrin Bertschy, NR GL BE
Stefan Müller-Altermatt, NR CVP SO

Leitung: Paul Schär, e Landrat FDP BL

Leitung Podium: Philipp Hammel, Prof. FHNW

Patronat :



Hauptsponsor :



Sponsoren :



Medienpartner :



Der Anlass wird durch die FDP Sektion Pfeffingen organisiert.

Anmeldung über <http://pfeffingerforum.ch/forum-2017/anmeldung-2017>